# Rassandrarufe

Heraus aus Not und Tod!

Von

Julian Vorchardt

1919 «Der Firn» Verlag, Verlin W 62

#### Redaktionelle Anmerkungen

Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text der Originalausgabe.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt oder fett gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlage dieser Transkription:

https://www.digitale-

sammlungen.de/de/view/bsb11125954?q=%28Borchardt+Kassandrarufe%29&page=,1

#### Impressum

# Inhalt

I. Warum Bürgerkrieg?	4
II. Und wiederum ins Kapitaljoch	7
III. Nur Staatsbankrott?	10
IV. Der Rettungsweg	12
V. Die "Schrecknisse" des Kommunismus.	13
VI. Der Kommunismus und die geistigen Arbeiter	15

## I. Warum Bürgerkrieg?

Als im November 1918 die deutsche Revolution mit einer nie geahnten Leichtigkeit und Schnelligkeit vonstattenging, als beinahe kein Tropfen Blut dabei floss, atmete alle Welt erleichtert auf. Die meisten glaubten, nun sei das Schlimmste vorüber, und selbst die Anhänger der alten Regierungsform schienen sich mit dem neuen Zustand einigermaßen auszusöhnen, gerade im Hinblick darauf, dass die Wiederherstellung des Alten wahrscheinlich weit mehr Opfer erfordern würde als die Beibehaltung des Neuen. Wenn z. B. das Offizierskorps und die höhere Beamtenschaft sich zu ihrem größeren Teil der neuen Regierung zur Verfügung stellten zu dem ausgesprochenen Zweck, die Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu sichern, so haben sich zweifellos viele von ihnen dabei von der Erwägung leiten lassen: wenn sie sich der neuen Regierung entgegenstemmten und die alte Staatsordnung wieder aufzurichten versuchten, so würde in Deutschland der Bürgerkrieg entbrennen; der aber müsse auf alle Fälle vermieden werden, denn er würde nicht nur den sofortigen Einmarsch der feindlichen Heere veranlassen, sondern auch die Ernährung des deutschen Volkes unmöglich machen. Sicherlich wird es unter den Offizieren und den höheren Beamten – wie in allen Ständen – Leute mit zweifelhafter Moral geben, die einfach wie Ratten das Schiff verließen und zu "Novembersozialisten" wurden um eigenen Vorteils willen. Kommt ein neuer Umschwung, so verlassen sie sich auch dann wieder auf ihre Fixigkeit im "Umlernen". Aber das berechtigt uns nicht, den ganzen Stand in Bausch und Bogen zu verdammen. Es lässt sich sehr wohl verstehen, dass darunter viele aus ehrlichem Pflichtgefühl zu handeln meinten. [5]

Die Hoffnung, den Bürgerkrieg zu vermeiden, war dennoch utopisch. Es gab Leute, die schon im November 1918, wenn sie die überschwängliche Freude über die unblutige Revolution hörten, nur mit einem trübseligen Lächeln darauf zu antworten vermochten. Sie hatten ihre Gründe dazu und jedenfalls haben sie Recht behalten. Ein grauenhaftes Wort war es, das im März 1919 die "Deutsche Tageszeitung" veröffentlichte, um so grauenhafter, weil es wahr ist: in vier Monaten hat die Revolutions-Regierung mehr auf das Volk schießen lassen als die Hohenzollern in vier Jahrhunderten!

Warum musste es so kommen? Warum stehen wir heute mitten im Bürgerkrieg, den doch alle Teile — das darf man ruhig annehmen — lieber vermeiden möchten?

Man bedenke die Situation, wie sie sich im November 1918 darstellte: auf der einen Seite das Bürgertum, betäubt von dem plötzlichen Schlage, aber nach wie vor im Besitze der wirtschaftlichen Macht; dazu in sich gespalten: die Demokraten und Liberalen, mit der republikanischen Staatsform wohl zufrieden, weil sie am besten geeignet erschien, Erschütterungen fernzuhalten, welche dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gefährlich werden konnten; neben ihnen die Konservativen, die fest an ihren monarchischen und nationalen Ideen hielten, diese wohl für den Augenblick, aus den erwähnten Gründen, zurückstellen konnten, aber über kurz oder lang, sobald die unmittelbare Gefahr vorüber, wieder hervortreten würden. Auf der anderen Seite das Proletariat, in sich noch weit mehr gespalten, je nach dem Grade seines Einblicks in den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. Da gibt es Arbeiter, die durchaus konservativ denken und den Glauben, dass geordnete Zustände nur unter einer starken Monarchie erreichbar sind, nicht so leicht aufgeben; andere sind liberal und als solche wohl mit der Republik zufrieden, aber zusammen mit den liberalen Bourgeois sehen sie den Zweck der Revolution mit dem Sturze Monarchie

erreicht. Zu ihnen gehören sehr viele, die sich selbst für Sozialdemokraten halten. Aber selbst unter den sozialdemokratischen Arbeitern gibt es gewichtige Unterschiede. Die einen [6] glauben alle Gewähr für eine bessere Zukunft zu besitzen, wenn Männer aus ihrer Partei die Regierungsgewalt ausüben; die anderen wollen, dass die Regierungsgewalt unmittelbar zur Änderung der Wirtschaftsweis benutzt werde.

Alle diese Unterschiede und Gegensätze waren durch den unverhofften Erfolg des November überkleistert, zurückgeschoben, aus dem Bewusstsein verdrängt. Aber wie lange konnte das dauern! Sowie die praktische Arbeit begann, sowie es sich darum handelte, das Staatswesen neu herzurichten, mussten die Gegensätze aufleben und aufeinanderplatzen. Somit stellte sich die Prognose im November 1918 wie folgt: Im Augenblick war eine ungeheure Mehrheit vorhanden — wozu außer den Bourgeois auch die allermeisten Arbeiter gehörten – welche den damals erreichten Zustand unverändert beibehalten wollte, nämlich republikanische Staatsform mit sozialdemokratischer Regierung und kapitalistischer Wirtschaft; in Kürze würde sich herausstellen, dass unter einem solchen System die Arbeiterschaft nicht leben kann, dass alle die Missstände, die sie durch die Revolution behoben glaubte, noch auf ihr lasten, dann würde sie sich dagegen erheben und damit würde der Bürgerkrieg entbrennen.

Aber Ideen zu Liebe schlägt man sich nicht die Köpfe blutig. Mag der eine konservativ, der andere liberal denken, mag der eine die Republik loben, der andere die Monarchie, mag der eine in Scheidemann das Muster eines Staatsmanns erblicken, der andere ihn für einen Verräter erklären — das alles wäre kein Anlass, mit Waffengewalt übereinander herzufallen. Der wahre Grund, weshalb die Massen nicht stillhalten, ist der, dass sie *nicht zu essen* haben. Eine Regierung, die ihnen ausreichende Nahrung verschafft, hätte gewonnenes Spiel, möge sie sonst tun, was ihr beliebt. Wir werden also dem Problem bedeutend näher rücken, wenn wir die Frage erörtern, warum es bisher noch nicht gelungen ist, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen.

Auf diese Frage ist gewöhnlich die Antwort schnell bei der Hand: weil zu viel gestreikt wird.

In der Tat, wir brauchen hier die Stimmungsbilder nicht zu wiederholen, die im März und April 1919 von streikfeindlichen Zeitungen breit ausgemalt worden sind. Wir wissen, dass seit Januar die Massenstreiks aufzuflammen begannen, und dass sie im Frühling sich über weite Teile Deutschlands ausgebreitet hatten. Heute wurde im Ruhrbezirk gestreikt, morgen in Braunschweig, dann in Dresden, in München, in Berlin und in Bremen. Und immer waren es Generalstreiks, immer traten sie im Großen auf. Kaum war an einer Stelle der Massenstreik beendet, so flammte er an einer andern Stelle mit Riesengewalt wieder auf. Das sieht nun freilich ein Kind, dass unter solchen Umständen die Produktion lahm liegen muss. Und also hätten wir des Rätsels Lösung? Es wäre weiter nichts nötig, als die Arbeiter vom Streiken abzubringen, dann würde genug produziert, es gäbe genug zu essen und der sichere Weg zur Vermeidung des Bürgerkrieges wäre gefunden?

Aber warum streiken denn die Leute? Und warum tun sie es immer gleich in solchen Massen? — Früher, vor dem 9. November, gehörte es zu den Grundsätzen einer weisen Regierungspolitik, hierfür die "Verhetzung" verantwortlich zu machen. Für die Unzufriedenheit großer Arbeitermassen, die sich im Streik Luft machte, wusste man keine andere – und gab sich auch keine Mühe, eine andere zu finden – als die Aufwiegelung durch böse "Hetzer". Wer geglaubt hatte, dass solche Stupidität durch die Ereignisse des 9. November begraben sei, der sieht sich bitter enttäuscht. Die Regierung der sozialistischen Republik Deutschland ist zurückgekehrt zu den Regierungsmethoden — nicht etwa Bethmann Hollwegs; solch ein Ausspruch wäre eine Beleidigung für diesen — sondern zu

denen des seligen Puttkamer aus den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Was man damals sozialdemokratische Hetzer nannte, das nennt man heute "bolschewistische" Hetzer und überbietet sich darin, das Volk vor ihnen zu warnen und dem ehrlichen braven deutschen Arbeiter ins Gewissen zu reden, dass er sich von ihnen nicht verführen lasse. [8]

Aber sind denn die deutschen Arbeiter Kinder, dass sie dem ersten besten Verführer nachlaufen? Wahrlich, die Liebknecht, Bebel und Singer müssten sich im Grabe umdrehen, wenn sie erfahren könnten, dass ihre angeblichen Nachfolger heute mit genau den Methoden arbeiten, die sie vor 30 Jahren schon an den Pranger gestellt haben! Leicht mag es sein, die Parole zum Generalstreik auszugeben, und wenn es den Herren, die uns heute regieren, Freude macht, sich die Dinge in solch kindlicher Weise vorzustellen, dass an allen Ecken und Enden in Deutschland "bolschewistische" Agitatoren herumlaufen und für russisches Geld die Arbeiter zum Generalstreik aufhetzen, so kann ihnen das Vergnügen ja gönnen. Aber die Frage ist doch dann, warum sich die Arbeiter aufhetzen lassen, warum sie den "Verführern" Gehör schenken und die Arbeit wirklich niederlegen, und zwar immer gleich in solchen Massen, dass Herr Noske ganze Armeekorps gegen sie aufzubieten für nötig hält. Hier liegt des Pudels Kern, diese Frage gilt es zu lösen. Vor ihr aber verstecken sich die regierenden Herrschaften, krampfhaft reden sie sich ein, alles getan zu haben, indem sie das Puttkammerlied von den bolschewistischen Hetzern bis zur totalen Verblödung herunterleiern und Puttkammers Methoden zur "Beruhigung" des Volkes, die sich auf Infanterie, Kavallerie und Artillerie beschränkten, durch Anwendung von Minenwerfern, Stinkgranaten und Fliegerbomben modernisieren.

Wer sehen will, für den ist der wahre Grund der tiefen Beunruhigung des deutschen Arbeiters und damit der wahre Grund der unaufhörlichen Massenstreiks wahrlich nicht so schwer zu entdecken. Eine dumpfe Verzweiflung hat die deutsche Arbeiterschaft erfasst. Man lese beute die jubelnden Kundgebungen, die in den ersten Novembertagen in Kiel, in Hamburg, in München und nach dem 9. November auch in Berlin veröffentlicht wurden. Ein jauchzender Aufschrei war's, dass nun endlich die Nacht der Knechtschaft und der Not ein Ende habe, dass das Lichtreich des Sozialismus angebrochen sei! Der deutsche Arbeiter freute sich, dass er mit seiner Kraft [9] die Ketten zerbrochen habe; er hoffte nunmehr, wenn auch nicht von heut auf morgen, so doch mit Sicherheit, Schritt für Schritt aus dem Elend, dem Hunger, der Unterdrückung herausgeführt zu werden. Dazu setzte er seine Genossen, die ihm 50 Jahre lang den Sozialismus gepredigt hatten, in die Regierungsgewalt.

Sechs Monate sind seitdem verflossen, und nun vergleich man die heutige Wirklichkeit mit den damaligen Hoffnungen. Es gibt eine Anzahl Arbeiter, die sehr hohe Löhne genießen, 20 bis 30 Mark pro Tag. Gemessen an den Löhnen früherer Zeiten sind das freilich Riesensummen, 750 – 900 Mark im Monat! Mancher Geheimrat hat nicht so viel! Misst man sie aber an den Preisen des heutigen Lebensbedarfs, so schmilzt das Geld wie Schnee vor der Sonne, und es zeigt sich, dass der Arbeiter mit seinem scheinbar so riesigen Einkommen nur eben gerade des Lebens Notdurft kaufen kann. Die 20 bis 30 Mark von heute sind kaum so viel wie 5 – 6 Mark vor dem Kriege waren. Ganz abgesehen davon, dass viele zum Leben höchst nötige Dinge selbst dafür nicht zu haben sind, weil sie gar nicht oder nicht in genügender Menge produziert werden. Nun ist es doch aber nur eine kleine Elite unter der Arbeiterschaft, die so hohe Löhne bezieht. Wo bleiben die anderen, die weitaus größte Mehrzahl, die weit geringere Löhne haben?

Wahrlich, nicht um der schönen Augen eines "Hetzers" willen legen die Massen die Arbeit nieder, tragen die größten Entbehrungen, gehen auf die Straße, setzen sich der Gefahr aus, totgeschossen zu werden, sondern weil sie nach 6 Monaten der Revolution *auf das schwerste* 

enttäuscht sind! Weil sie sehen, dass alles beim Alten geblieben ist, dass sie nach wie vor die Fesseln des Kapitals tragen, nach wie vor in Hunger und Leiden ihr Leben hinschleppen! Und – was die Hauptsache ist – weil sie das *Vertrauen verloren* haben, dass es auf dem eingeschlagenen Wege überhaupt je besser werden kann. [10]

Mit jubelnder Hoffnung — wir sagten es schon — haben sie am 9. November ihre Genossen in die Regierung eingesetzt. Jetzt schien die Bahn frei für den Sozialismus, voll froher Erwartung harrten sie auf die Erfüllung. Nach 6 Monaten sehen sie, dass nichts geschehen ist, und nun haben sie alle Hoffnung verloren, von dieser Regierung und ihren Methoden überhaupt je aus dem Elend herausgeführt zu werden. Das ist der Grund ihrer Verzweiflung. Das ist es — wenn es auch den großen Massen vielleicht nicht so im Einzelnen ins Bewusstsein tritt — was jene trostlose Stimmung erzeugt, in der es wahrlich keiner Hetzer bedarf, um zum Generalstreik zu greifen.

Dass aber das Vertrauen zur sozialistischen Regierung nach wenigen Monaten so total geschwunden ist, das hat seine sehr berechtigten sachlichen Gründe.

## II. Und wiederum ins Kapitaljoch.

Gerade 50 Jahre bestand die deutsche Sozialdemokratie, als der Weltkrieg ausbrach. Als ein kleines Häuflein hatte sie begonnen, selbst Lassalles wunderbarer Beredsamkeit war es nicht gelungen, mehr als knapp 1000 Anhänger in ganz Deutschland um sein Banner zu scharen; aber von Jahr zu Jahr, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt war sie gewachsen, bis sie zuletzt als eine imposante Macht von 4 Millionen und mehr dastand. Wo war das Geheimnis ihres Erfolges? Mit welchem Zauberspruch war es ihr gelungen, die Massen an sich zu ziehen?

Die Lehre, die sie ihnen 50 Jahre lang gepredigt, war diese: Eure Arbeit dient nicht euch, sondern dem Kapital; dank dem kapitalistischen Wirtschaftssystem werdet ihr in Not und Knechtschaft gehalten, indes die Früchte eures Schweißes anderen zufließen; helft uns, helft der deutschen Sozialdemokratie, schließt euch zusammen zu einer großen und starken Partei; [11] diese soll dann die Herrschaft an sich nehmen, sie sie soll eine sozialdemokratische Regierung einsetzen; dann wird ein anderes Wirtschaftssystem geschaffen, das euch aus Not, Elend und Knechtschaft befreien soll.

So erscholl es aus den Reden und Schriften der sozialdemokratischen Führer 50 Jahre lang. Im November 1918 war der Moment der Erfüllung gekommen. Die sozialdemokratische Regierung war da, die Staatsgewalt in ihrer ganzen Fülle war ihr in die Hände gegeben. Die Arbeiter warteten auf Einlösung des 50jährigen Versprechens. Sie warteten 6 Monate lang. Und heute lesen sie die Antwort in großen Plakaten an allen öffentlichen Gebäuden, an den Anschlagsäulen, den Straßenecken und sogar an den Laternenpfählen. Da steht es mit Riesenbuchstaben zu lesen, was die sozialdemokratische Regierung ihnen zu sagen hat: Es ist die *Aufforderung zu arbeiten*.

"Arbeiter, streikt nicht!" "Arbeiter, geht in die Kohlengruben, und fördert, sonst haben wir alle keine Kohlen!" "Arbeiter, geht aufs Land und baut es an, damit das ganze Volk Nahrung habe." So und so ähnlich spricht durch millionenfache Plakate die sozialdemokratische Regierung zu den Arbeitern. Nun ist aber im Arbeits*verhältnis* seit der Revolution nichts geändert. Folglich bedeutet solche Aufforderung, dass die Arbeiter, genau wie früher, *für das* 

Kapital arbeiten sollen! Und dass es auch so gemeint ist, lehren unzählige Aussprüche sozialdemokratischer Führer, angefangen von dem radikalen Barth über die mittlere Linie der Haase und Ströbel bis zum ganz rechts stehenden Scheidemann. Las man doch neuerdings in den Zeitungen mit allen Zeichen des Entsetzens: Nun sei es schon so weit gekommen, dass eine kapitalistische Bergwerksgesellschaft infolge der Streiks habe Konkurs anmelden müssen!

Ganz umsonst sind aber die Arbeiter doch nicht durch die 50jährige Schule der deutschen Sozialdemokratie gelaufen. Sie sagen sich mit Recht: wenn die ganze Revolution darauf hinausläuft, dass wir doch wieder *für die Kapitalisten* ar- [12] beiten sollen, wer gibt uns die Gewähr, dass auch jetzt wieder aller Vorteil in deren Taschen fließt, indessen wir, wie seit jeher, dauernd in Not und Knechtschaft bleiben? Was vor dem Kriege und vor der Revolution richtig war, das kann nicht jetzt auf einmal falsch sein. Hat man uns 50 Jahre lang die Arbeit für das Kapital als Quelle unseres Elends bezeichnet, so kann nicht jetzt auf einmal die Arbeit für eben dieses Kapital ein Rettungsmittel sein. Wer uns rät, weiter fürs Kapital zu arbeiten, der stößt uns dauernd in diejenige Not und Knechtschaft hinein, aus der er uns erlösen sollte.

Dies alles, wie schon einmal bemerkt, werden sich die großen Massen der Arbeiter vermutlich nicht mit klaren Worten vor das Bewusstsein zu führen vermögen. Aber nichtsdestoweniger ist dies doch der Gedankengang, der sie — dank einer 50jährigen sozialistischen Schulung — rein instinktiv leitet. "Wenn man uns weiter nichts zu raten vermag, als Arbeit für das Kapital, dann war alles umsonst, dann gibt es für uns keine Erlösung, dann lohnt es sich überhaupt nicht mehr zu arbeiten." Das ist die trostlose Stimmung, die besonders all jene erfasst, die mit ihrem Lohn nicht auszukommen vermögen, die täglich und stündlich vor den drückendsten Nahrungssorgen stehen, die für ein krankes Kind, für die kranke Frau die notwendigen Stärkungsmittel nicht beschaffen können, weil sie nur auf Schleichwegen zu wahnsinnigen Preisen zu haben sind. Das ist die Stimmung, aus der heraus die Massen immer wieder zum Streik greifen.

Und ist denn nicht dieses Misstrauen, diese instinktive Befürchtung, dass durch Fortsetzung der alten kapitalistischen Arbeitsmethode Jammer und Elend verewigt werden —, ist sie denn nicht vollkommen berechtigt? Um was handelt sich's in diesem Augenblick? Welches ist die brennende Aufgabe unserer Tage?

"Mehr Arbeitsgelegenheiten schaffen, ein Sinken der Preise erzwingen, in verfügbaren Gebäuden Wohnräume herrichten, für schnelle Herbeischaffung von Lebensmitteln tun, was irgend getan werden kann" [13]

So stand's Mitte April 1919 im "Berliner Tageblatt" zu lesen. Damit ist das, worauf es ankommt, zwar sehr oberflächlich, aber doch ganz richtig und für jedermann verständlich ausgedrückt. Warum es oberflächlich ist, warum man, um die Sache richtig anzufassen, schon etwas tiefer steigen muss, wird eine kurze Überlegung klar machen.

Wie soll man Arbeitsgelegenheit schaffen? Was soll man tun, damit die Preise sinken? Woher soll man Lebensmittel nehmen? – Wir werden keinem Widerspruch begegnen, wenn wir sagen: das einzige Mittel dazu ist, die Produktion zu steigern. Das war die Aufgabe, vor die sich die Revolutionsregierung gestellt sah und heute noch gestellt sieht. Übrigens eine Aufgabe, die auch die früheren Regierungen bis zurück zu Bethmann Hollweg sehr wohl begriffen hatten. Und was tut nun die "revolutionäre" Regierung, um dieser Aufgabe gerecht zu werden? Sie fordert die Kapitalisten auf, möglichst viel zu produzieren, und sie fordert die Arbeiter auf, möglich viel im Dienste der Kapitalisten zu arbeiten. Aber das haben die früheren

Regierungen auch getan! Schon im Sommer 1914, gleich nach Ausbruch des Krieges, konnte man überall auf großen Plakaten die Aufforderung der Landräte und sonstigen Behörden lesen, aufs Land zu gehen und sich den Grundbesitzern zur Ernte zur Verfügung zu stellen. Wenn mi solchen Aufforderungen das Problem zu lösen wäre, dann müsste es längst gelöst sein. Warum sind alle früheren Regierungen daran gescheitert, so dass vielmehr gerade umgekehrt jener gewaltige Rückgang der Produktion eingetreten ist, den wir heute betrauern? Vor allen Dingen deshalb, weil kapitalistische Unternehmer — und daraus darf ihnen niemand einen Vorwurf machen — auf keine andere Weise zur Steigerung der Produktion gebracht werden können als durch den Anreiz hoher Profite. Der wurde ihnen bei Heereslieferungen geboten, und da noch überdies die Versorgung mit Mordwerkzeugen und sonstigem Heeresbedarf als patriotische Pflicht gepriesen wurde, so stürzte sich alles auf diese Unternehmungen, die Produktion des Zivilbedarfs wurde vernachlässigt und zugleich jener Raubbau an [14] Rohstoffen getrieben, der uns heute, am Ende des Krieges, vor das leere Nichts stellt.

Dieser Mangel an Rohstoffen erschwert nun noch ungemein die Aufgabe, an der schon die früheren Regierungen gescheitert sind. Nehmen wir an, die Aufforderung der jetzigen Regierung habe Erfolg. Die Arbeiter streiken nicht, sondern stellen sich den Kapitalisten zur Verfügung und diese ihrerseits geben sich die größte Mühe, die Produktion zu vermehren Was kann dabei herauskommen?

Jeder einzelne Fabrikant, jeder einzelne Unternehmer bringt so schnell wie möglich seinen Betrieb in Gang, stellt so viel wie möglich Arbeitskräfte ein, sucht so viel wie möglich Aufträge und Rohstoffe zu kriegen, und arbeitet drauf los. Nun gibt es doch aber vielerlei Waren, die wir, wenn sie auch an sich ganz nützlich und angenehm sind, im gegenwärtigen Augenblick doch nicht so unbedingt notwendig brauchen. Der private Fabrikant muss sich, wenn er existieren will, nach der Nachfrage richten. Aus gewissen Gründen war z. B. eine Zeitlang die Nachfrage sehr stark nach Edelsteinen, nach teurem Schmuck, nach kostbaren Rahmen für Bilder und dergleichen. Die Kriegsgewinnler sagten sich – und sagen sich wohl auch noch heute - der Wert solcher Gegenstände sei dauerhafter, als der von Kriegsanleihen und Darlehnskassenscheinen; auch lassen sie sich leichter der Kenntnis der Steuerbehörde entziehen. Der private Fabrikant wird sich diesen Wink nicht entgehen lassen, sondern wird solche Rahmen und Juwelen und Schmucksachen anfertigen. Und wer bisher Spielsachen oder Putzfedern fabrizierte, der wird sich auch jetzt bemühen, dafür Aufträge zu erhalten und die Nachfrage danach anzuregen. Doch auch selbst von solchen Waren, die notwendig sind, wie Uhren, Messer Kleider usw. wird jeder einzelne Kapitalist so viel wie möglich anzufertigen sich bemühen, ohne Rücksicht darauf, wieviel davon an anderer Stelle produziert wird. Und das Ende vom Liede wird sein, dass wir einen Haufen von Luxusartikeln aller Art haben, dazu von manchen notwendigen Waren viel zu viel, während uns andere, ebenso notwendige fehlen werden. Roh- [15] stoffe, Kohlen, Arbeitskräfte sind an der einen Stelle sinnlos und im Übermaß verschwendet, an der anderen Stelle reichen sie nicht zu.

Malen wir zu schwarz? — Ach nein, in Wirklichkeit ist es in den letzten sechs Monaten *noch schlimmer* gekommen! Schon im November, in den ersten Wochen der Revolution, fing es an, dass man in Munitionsfabriken Geschossteile herstellte und sie im Nebenraum wieder zertrümmerte, nur um die Arbeiter zu beschäftigen. Und noch Ende April 1919 wurde amtlich bekanntgegeben, man habe in den Spandauer Heereswerkstätten gewisse Artikel aus viel zu wertvollem Material angefertigt, weil das eigentlich dazu bestimmte Material nicht vorhanden war und man doch die Arbeiter beschäftigen wollte.

Sinnlose Verschwendung — das ist das Resultat, zu dem man mit dieser Methode bisher gelangt ist. Eine Verschwendung, die jetzt bereits drauf und dran ist, uns die Quellen des Lebens abzugraben. Anders konnte es nicht kommen, weil zum Wesen des Kapitalismus der Wettbewerb der Unternehmer zur Erreichung des höchstmöglichen Profits gehört. Umkehr von diesem Wege ist das dringende Gebot nicht der Stunde, sondern der Minute.

#### III. Nur Staatsbankrott?

In den öffentlichen Erörterungen der Dinge, die uns hier beschäftigen, begegnet man öfters der Frage, ob wir einem Staatsbankrott zusteuern? Die einen behaupten es, die anderen suchen es zu widerlegen. Das ist eine ganz schiefe Stellung des Themas, und es dürfte sogar eine gewisse Absichtlichkeit dahinterstecken. Wer die Frage in dieser Form aufwirft, der dürfte wohl bezwecken, die furchtbare Gefahr, in der wir uns befinden, nicht in ihrer ganzen Größe erkennen zu lassen. Ein Staatsbankrott ist nämlich, im Vergleich zu dem, was uns in Wirklichkeit droht, etwas Harmloses. Staatsbankrotte sind schon öfters [16] dagewesen und haben letzten Endes immer nur den Gläubigern des betreffenden Staates geschadet. Denn Staatsbankrott bedeutet ja doch schließlich weiter nichts, als dass der Staat seine Schulden nicht bezahlt. Das ist sehr unangenehm für diejenigen, die ihm etwas geborgt haben. Aber für den Staat selbst ist es ein gutes Geschäft, gerade so wie schon mancher Privatmann durch einen rechtzeitigen Bankrott seine Vermögensverhältnisse saniert und sein Schäfchen ins Trockene gebracht hat. Und für die Volksmassen würde vielleicht sogar eine Steuererleichterung herauskommen. Also wenn's weiter nichts wäre als ein Staatsbankrott, so brauchten wir uns nicht zu ängstigen.

Aber hier handelt sich's um ganz etwas anderes. Hier handelt sich's darum, dass infolge sinnloser Verschwendung die Rohstoffe und Arbeitskräfte an falscher Stelle aufgebraucht werden und dann natürlich an der richtigen Stelle fehlen. Hier handelt sich's darum, dass infolgedessen über kurz oder lang – und zwar jetzt schon sehr "über kurz" – das, was wir zum Lebensunterhalt brauchen, nicht mehr hergestellt werden kann und dass wir somit keine Möglichkeit mehr haben zu existieren. Dass wir auf diesem Wege uns befinden, müsste ja nach Ablauf der letzten sechs Monate jeder am eigenen Leibe erfahren haben. Im November 1918 standen z. B. die Preise schon um mehrere hundert Prozent höher als vor Ausbruch des Krieges. Aber sind sie nicht seitdem noch wieder sprunghaft gestiegen, zum Teil auf das Doppelte und Dreifache ihres Novemberstandes? Woran liegt das? Hier zeigt sich so recht die bejammernswerte Unkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, die sich bei uns breit macht und oft sogar mit dem Mantel der Wissenschaftlichkeit brüstet. Die einen führen es schlechtweg auf die "Revolution" zurück, die anderen geben den gesteigerten Löhnen die Schuld. Zu diesen letzteren gehören – was sehr bezeichnend – die "sozialdemokratischen" Führer und haben in ihrem stümperhaften Mangel an Wissen keine Ahnung, dass sie damit allen sozialistischen Grundlehren ins Gesicht schlagen. Herr Barth von den Spartakusleuten so gut wie die Herren Haase, Adolf Hoffmann, Strö- [17] bel von den Unabhängigen - von der Richtung Ebert - Scheidemann ganz zu schweigen - warnen unausgesetzt die Arbeiter vor "übertriebenen" Lohnforderungen, weil dadurch angeblich die Preise gesteigert werden, und haben keinen Schimmer davon, dass, wenn diese Meinung richtig wäre, der ganze Sozialismus falsch sein müsste und sie nichts eiligeres zu tun haben dürften, als ihren Austritt aus den diversen sozialdemokratischen Parteien anzumelden. Das hindert sie aber nicht, bei jedem zweiten Worte den Namen Marx unnützlich im Munde zu führen.

Im Rahmen dieser Schrift ist es natürlich nicht möglich, die wirklichen Ursachen der Preissteigerung eingehend zu erörtern. Da aber die Sache mit unserem Thema eng zusammenhängt, so seien ihr wenigstens ein paar Worte gewidmet. Sind doch die ungeheuerlichen Preissteigerungen der jüngsten Zeit ein Symptom des nahenden Zusammenbruchs! Wie denkt man sich eigentlich den Fortgang der Dinge? Bei Beginn des Krieges kostete z. B. ein guter Männeranzug 90 –100 M., voriges Jahr um diese Zeit kostete er 250 – 300 M., heute ist das billigste 500 M., und dafür ist er nur noch schwer zu haben. Glaubt man, dass das noch ein Jahr so weiter geht und dass dann die Menschen 2000 – 3000 M. für einen Anzug bezahlen werden?

Eine scharfe Steigerung der Preise hat lange vor dem Kriege, nämlich schon im Jahre 1896 begonnen. Sie verschärfte sich, mit zeitweisen Unterbrechungen, andauernd und erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im Jahre 1912. Das Jahr 1913 zeigte einen gelinden Rückgang, der aber vermutlich auch ohne Krieg schnell wieder ausgeglichen worden wäre. Dann kam der Krieg und brachte die bekannte Teuerung, die wir alle schaudernd miterlebt haben. Dies zeigt schon, dass es sich um einen Vorgang handelt, der vom herrschenden Wirtschaftssystem an und für sich bedingt ist und durch den Krieg nur eine besondere Beschleunigung und Verschärfung erfahren hat. Diese Beschleunigung und Verschärfung erklärt sich ohne weiteres aus dem Raubbau, den der Krieg mit allen Produktivkräften trieb, aus der Verpulverung im buchstäblichsten Sinne des Wortes - kolossaler Werte und Kulturgüter, aus der Einziehung und Hin- [18] schlachtung von Millionen arbeitsfähiger Männer, die dadurch der Produktion entzogen wurden, und aus der Zwangslage der Behörden und Heeresleitungen, die den Kapitalisten schlechthin jeden Preis bewilligen mussten, da diese nun einmal ohne den Anreiz hoher Profite die Wirtschaftsleistungen nicht steigern und das "Vaterland" bekanntlich nicht in der Lage war zu warten.¹ Dies ergab eine Steigerung der Durchschnittsprofitrate und damit die Überwälzung der Teuerung auf alle, auch die nicht unmittelbar kriegsnotwendigen Gewerbszweige.

Wenn nun eine solche Lawine bald fünf Jahre lang im Rollen ist, dann wundert man sich, dass sie von Monat zu Monat schneller rollt? Das versteht sich doch ganz von selbst, dass das ganze Schwergewicht der schon erreichten schwindelhaften Preise bei jeder neueren Steigerung mitwirkt und drückt. Hat man nie gehört, dass die Preise in Prozenten der Herstellungskosten kalkuliert werden? Weiß man mit einem Mal nicht mehr, dass die Kapitalprofite nach Prozenten rechnen? Nun also: wenn der Anzug heute 500 M. kostet und der Bruttoprofit, sagen wir, 25 Prozent beträgt, so rechnen bei einer neuen Verteuerung 25 Prozent von 500 M., und die sind bekanntlich fünfmal soviel wie 25 Prozent von 100 M. Dieses immer schnellere Tempo der Preissteigerung liegt also durchaus in der Natur der Sache, es ist verursacht durch das Profitbedürfnis des Kapitals.

Das muss an dieser Stelle genügen. Eine genaue Darlegung des Verhältnisses zwischen Lohn und Preis und damit der wirklichen Ursachen der Kriegsteuerung würde eine besondere Abhandlung erfordern und wohl auch lohnen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Man erinnere sich z. B. des Falles "Daimler".

### IV. Der Rettungsweg.

Was uns bevorsteht, ist also nicht einfacher Staatsbankrott – der wäre zu ertragen – sondern die glatte Unmöglichkeit zu existieren, mit andern Worten: der nackte Hungertod, [19] veranlasst durch die sinnlose Verschwendung der Materialien und Arbeitskräfte, die zu vermeiden das Wirtschaftssystem unfähig ist.

Ist man sich so über die tieferen Zusammenhänge und die eigentlichen Ursachen der Not klar geworden, dann ergibt sich der Rettungsweg ganz von selbst. Was uns in den Untergang hineintreibt, ist die Planlosigkeit der Produktion, die nur jeden einzelnen auffordert, möglichst viel zu tun, es aber jedem einzelnen überlässt, was und wieviel er produzieren will. Um den Untergang zu vermeiden, muss also Planmäßigkeit platzgreifen. Die ordnende Hand des Gesamtwillens muss in das Getriebe hineingreifen, und eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, hätte das vom ersten Tage an tun müssen. Allerdings hat ja die deutsche Sozialdemokratie in den langen Jahrzehnten vor dem Kriege die Frage, was sie nach Übernahme der Macht praktisch zu tun habe, fast gar nicht erörtert. Aber die Punkte, auf die es zunächst und im ersten Augenblick ankam, waren völlig klar und selbstverständlich. Sowie am 9. November 1918 die Regierung Haase-Scheidemann eingesetzt war, musste sie entweder selbst oder durch eine Kommission von Sachverständigen so schnell wie möglich feststellen lassen, wie groß der Bedarf an Kleidung, Schuhwerk, Unterkunft, Nahrung, Heizung und den dazu nötigen Maschinen, Transportmitteln Rohstoffen, Kohlen, kurz an unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen ist, d. h. an solchen, die zunächst einmal zur Erhaltung unserer nackten Existenz erforderlich sind. Das ist zwar eine sehr schwere Aufgabe, aber dafür standen ja auch die ganzen gewaltigen Mittel des Deutschen Reichs zur Verfügung. Man denke an die Pflasterung unserer Straßen mit gräulichen Bildern, um kleine Kinder vor dem "Bolschewismus" zu erschrecken; man denke an die unzähligen Plakate, mit denen die Regierung alle Städte des Reichs hat überschwemmen lassen; man denke an die Zehntausende von Mannschaften, die sie verstanden hat in Bewegung zu setzen, um die "Spartakisten" niederzukämpfen; an die grauenhafte Zerstörung von Menschenleben und Gütern aus Anlass dieser Kämpfe. Ein Bruchteil der hier aufgewandten Staatsmittel und Arbeitskräfte hätte genügt, um jene Inventur [20] aufzunehmen. Dann hätte man gewusst, woran man ist, und dann wäre es wahrscheinlich zu den Straßenkämpfen gar nicht gekommen, weil die hungernden Massen gesehen hätten, dass man ernstlich bestrebt war, Ordnung und Brot zu schaffen.

Hand in Hand damit hätte eine Aufnahme der wirklich vorhandenen Bestände an Rohstoffen usw., der wirklich verfügbaren Arbeitskräfte gehen müssen usw., alles hätte geschehen müssen, um einen Arbeitsplan für das gesamte deutsche Volk aufzustellen.

Waren diese Vorarbeiten beendet – und das konnte und kann auch heute noch in wenigen Wochen geschehen – so musste der *positive*, der *schöpferische* Teil der Arbeit beginnen. Unnachsichtlich musste die sozialistische Regierung eingreifen ins Wirtschaftsgetriebe. An Hand des Arbeitsplans musste sie rücksichtslos vorschreiben, welche Betriebe, weil sie zur Zeit Unnützes produzieren, zu schließen sind, was und wieviel jeder andere zu schaffen habe. Genau nach Maßgabe dieser Vorschriften musste sie die vorhandenen Rohstoffe und Arbeitszweige auf die verschiedenen Gewerbszweige und die einzelnen Betriebe verteilen.

Was damals der einzige Rettungsweg gewesen wäre, ist es auch heute noch. Freilich, sechs kostbare Monate sind inzwischen unwiederbringlich verloren worden. Um so viel näher stehen wir heute dem Abgrunde. Aber besser spät als gar nicht. Auch heute noch ist es Zeit,

dass das deutsche Proletariat sich aufrafft und sich eine Regierung gibt, die nicht nur sozialistisch *heißt*, sondern auch sozialistisch *arbeitet*.

Wird der hier empfohlene Weg eingeschlagen, so ist freilich noch kein *Kommunismus*, aber es ist bereits ein Stück davon, ein Stück, dem die Ergänzung und Vollendung dann unausweichbar folgt. Denn eine Zentralgewalt, die dem einen Unternehmen Arbeitskräfte und Rohstoffe wegnimmt, um sie dem andern zuzuteilen, kann dabei nicht stehen bleiben. Mit Recht würden sich die benachteiligten Unternehmer beklagen: ihnen hätte man das Ihre und damit jede Verdienstmöglichkeit genommen, um andere zu bereichern; auf Kosten der Geschädigten [21] und auf Kosten der Allgemeinheit würden die begünstigten Unternehmer fabelhafte Gewinne einstreichen. Und überdies würde ihr Einfluss auf die Produktion ungebrochen bleiben; der aber – das haben wir bereits gesehen – betätigt sich nur nach Maßgabe der ihnen winkenden Profite. Damit wäre die Verteuerung, diese entsetzlichste Plage der Gegenwart, verewigt, und es würde recht augenfällig werden, dass zugunsten einer kleinen arbeitenden Minderheit die Volksgesamtheit ausgeraubt wird.

Es bleibt dann also nichts übrig, als auch noch den letzten Schritt zu tun: Ausschaltung des Profits, Enteignung der Produktionsmittel. Damit wären wir dann ganz und gar in die Phase des Übergangs zum vollen Kommunismus eingetreten, von der es kein Zurück zu kapitalistischen Zuständen mehr gibt. So erweist sich der Kommunismus als einziger Rettungsweg aus dem Zusammenbruch der Gegenwart.<sup>2</sup>

## V. Die "Schrecknisse" des Kommunismus.

Wenn aber der hier empfohlene Weg zum Kommunismus führt, darf man ihn dann beschreiten? Kaum ein denkender Nationalökonom wird sich der Einsicht verschließen, dass zur Rettung aus der augenblicklichen Todesgefahr das rücksichtslose Eingreifen, wie es hier verlangt wird, unentbehrlich ist. [22]

Selbst der liberale Wirtschaftspolitiker, sofern er nur denkt und das Wirtschaftsleben wirklich kennt, dürfte also wohl damit einverstanden sein, dass zunächst einmal mit fester Hand Ordnung geschaffen wird: Rohstoffe sparen, Arbeitskräfte zweckmäßig verteilen usw. ohne Rücksicht auf private Wünsche und Interessen, um vor allen Dingen erst einmal die nackte

\_

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Eine Randbemerkung sei hier gestattet. Das im Text Dargelegte ist durchaus nichts Neues, brauchte nicht erst vom Verfasser dieser Zeilen erfunden zu werden. Es sind vielmehr die selbstverständlichen Folgerungen aus den 50 Jahre lang im Anschluss an Marx vorgetragenen Lehren der deutschen Sozialdemokratie. Es ist das Programm, das unsere russischen Genossen, die "Bolschewisten", unmittelbar nach ihrer siegreichen Revolution in die Tat umzusetzen begonnen und womit sie das russische Volk vor dem Untergang gerettet haben. Hiernach ermesse man, wieviel Kühnheit dazu gehört, wenn die deutschen Auch-Sozialisten von Haase bis Scheidemann, die die Erfüllung ihrer selbstverständlichen Pflicht aus Angst um ihre Ministersessel, also aus rein persönlichen Gründen unterlassen haben – wenn, sage ich, diese deutschen Auch-Sozialisten es sich herausnehmen, die russischen Kommunisten als Zerstörer des Sozialismus anzuklagen.

Existenz der Gesamtheit zu retten, damit könnte sich schließlich jeder befreunden, wie man ja auch während des Krieges fortwährende Reglementierung und Rationierung des Wirtschaftslebens nicht nur ertragen, sondern sogar als angebliche Kriegsnotwendigkeit gutgeheißen hat. Aber man hat es stets nur als *vorübergehende* Maßregel angesehen, und genau so könnte der Liberale dem auch heute zustimmen unter der Voraussetzung, dass es sofort wieder aufgehoben wird, sobald der Zweck, nämlich die Rettung aus unmittelbarer Todesgefahr, erreicht ist. Nun aber haben wir gerade gezeigt, dass es ein Zurück auf dem einmal betretenen Wege nicht mehr gibt, sondern, dass er unfehlbar in den vollständigen Kommunismus ausmündet. Wer also vor dessen "Schrecknissen" die Menschheit bewahren will, der müsste den Weg trotz allem meiden.

Wir könnten hierauf erwidern, dass die Menschheit um den Kommunismus so wie so nicht herumkommt. Da wir dies jedoch im nächsten Kapitel zu behandeln gedenken, so seien hier nur noch einige Worte über die angeblichen "Schrecknisse" des Kommunismus gesagt.

Wer den vollendeten Kommunismus nach den Maßregeln beurteilen wollte, welche die jetzige Übergangszeit erfordert, den könnte allerdings Grauen erfassen. Denn das muss ungeschminkt ausgesprochen werden: bei dem entsetzlichen Elend, in das uns der Krieg hineingestoßen hat, bei dem Mangel des Notwendigsten, unter dem wir leiden, dürfte die unmittelbar vor uns stehende Zeit einem "Zuchthausstaat" in der Tat verzweifelt ähnlich sehen. Ohne Zwang kommen wir da nicht aus. Genaue Vorschriften über Arbeitsplatz, Arbeitsart, Arbeitszeit usw., allgemeine Arbeitspflicht, desgleichen Vorschriften über den Konsum, was, wie und wieviel man genießen darf, werden sich nicht umgehen lassen. Allerdings, die ungeheure Mehrheit der Be- [23] völkerung, nämlich die Proletarier, die 90 – 95 Prozent der Gesamtheit ausmachen, dürfte das kaum erschrecken, sintemal und alldieweil sie auch bisher schon kaum anders gelebt haben. Und wenigstens hätten sie die Sicherheit, dass sie dabei auch die nötigen Existenzmittel zugewiesen erhalten und dass niemand bevorzugt wird, während sie jetzt und schon immer denselben Jammer aushalten müssen, aber zugunsten anderer und ohne Sicherheit der Existenz. Immerhin, ein idealer Zustand, der auf die Dauer erträglich wäre, ist das nicht, das sei unbedenklich zugegeben.

Aber das ist doch *nur die Übergangszeit*. Und auch sie macht sich in dieser Härte nur deshalb nötig, weil der Krieg allen Wohlstand in Trümmer geschlagen hat. Oder will es jemand verantworten, dass bei dem allgemeinen Mangel auch heute noch eine kleine Anzahl Bevorzugter prasst? Wenn nicht, dann bleibt eben weiter nichts übrig, als alle in die gleiche Arbeitsfron und in die gleiche kümmerliche, nur eben ausreichende Existenz zu zwingen.

Ganz anders sieht der vollendete Kommunismus aus, der auf diesem Leidenswege erreicht werden wird.

Planmäßige Zusammenfassung der Arbeitskräfte steigert die Produktivität. Wer irgend die Wirtschaftsgeschichte kennt, der weiß, dass dies zu allen Zeiten, besonders aber seit Beginn des kapitalistischen Zeitalters das Mittel gewesen ist, die Produktion zu vermehren. Der Kommunismus wird nun die Planmäßigkeit, die bisher die größere Fabrik vor der kleineren auszeichnet, den Bund von Fabriken — z. B. das Syndikat — vor dem einzelnen Werk, die organische Vereinigung von Werken, nämlich den Trust, vor dem Syndikat — diese Planmäßigkeit und Präzision wird der Kommunismus auf den Umfang des ganzen Volkes übertragen. Er wird also die Entwicklung fortsetzen und krönen, welche der Kapitalismus seit Jahrhunderten betrieben hat.

Nun stelle man sich vor, dass innerhalb eines Volkes von 60 – 70 Millionen (späterhin innerhalb sämtlicher zivilisierten Völker) alle Arbeit planmäßig und präzise ineinander greift, dass jede einzelne Tätigkeit genau auf den Nutzeffekt eingestellt [24] ist, den sie bezweckt, ohne durch private Profitinteressen abgelenkt zu werden – mit einem Wort, man stelle sich die gesamte Arbeit der Nation (später der Nationen) als ein harmonisches Zusammenwirken vor, nur geleitet von dem Bestreben, Vieles und Gutes zu schaffen – wie sollte da nicht die Produktivität der Arbeit aufs höchste gesteigert sein! Auf einen Grad, der unsere Kühnsten Träume übertrifft!

So wird der Kommunismus nicht nur unser Retter sein aus augenblicklicher Not, sondern gerade und erst recht für die Dauer wird er segensreich wirken. Er wird unsern Wohlstand wieder herstellen und ihn zu Reichtum steigern, einem Reichtum, der allen zugute kommt. Und damit wird er erst die Zustände schaffen, in denen Freiheit und Persönlichkeit gedeihen können.<sup>3</sup>

# VI. Der Kommunismus und die geistigen Arbeiter.

Aber die Frage steht gar nicht so, ob wir den Kommunismus herbeiführen *wollen* oder nicht. Zugrunde gehen wird die Menschheit nicht. In dem ungeheuren Zusammenbruch, vor den sie der Krieg gestellt hat, wird sie die Mittel zu ihrer Rettung ergreifen, wo sie sich darbieten. Ebenso gut könnte man annehmen, dass sie sich selbst erdrosseln werde, wie dass sie irgendwelche Rettungsmittel von sich weisen werde, nur weil es kommunistische Mittel sind. Umso weniger, als sie sich ja im Zustande völliger Ahnungslosigkeit befindet. Und nur dies, nur die Ahnungslosigkeit, ist das Verhängnis, das uns bedroht. [26]

Suchen wir, uns mit Hilfe eines Beispiels völlig klar zu werden.

Lichtstrahlen, Berlin-Lichterfelde, Hedwigstr. 1.

Die deutsche Republik steht in diesem Augenblick (Anfang Mai 1919) vor der Notwendigkeit, 13 Milliarden Mark aufzubringen, um den Ausgaben des soeben begonnenen Rechnungsjahres zu genügen. Sie hat aber bloß 5 ½ Milliarden, der Rest von 7½ Milliarden fehlt. Ihr erster Finanzminister, Herr Schiffer, sah keine Möglichkeit, diesen Rest aufzutreiben und dankte ab. Sein Nachfolger und seine sämtlichen Nachfolger, mögen sie heißen, wie sie wollen, werden das Kunststück natürlich auch nicht fertigbringen, aus Nichts etwas zu machen und Geld da herzuholen, wo keines ist. Was wird nun geschehen?

Man wird sich auß äußerste anstrengen, durch Steuern, durch Monopole oder durch irgendwelche sonstigen Maßnahmen Geld aufzutreiben. Etwas wird man auch beschaffen, freilich lange keine 7½ Milliarden, aber doch vielleicht eine oder zwei Milliarden. Das große Loch, das da gähnt, wird man also bei weitem nicht stopfen! Aber an anderer Stelle wird man

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Diese kurzen Andeutungen müssen hier genügen. Zu weiterer Information sei verwiesen auf folgende Schriften: "Der kommunistische Aufbau", von Jul. Borchardt und Hans Berliner; "Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus", von Julian Borchardt; "Lichtstrahlen, Zeitschrift für Internationalen Kommunismus". Sämtlich erschienen im Verlag der

nichtsdestoweniger äußerst schmerzhafte Löcher aufreißen. Denn die 1 – 2 Milliarden, unter welchem Namen man sie auch verkleiden mag, sind doch Abgaben, die das Volk tragen muss über das hinaus, was es jetzt schon trägt und was bereits unerträglich ist. Da wird es denn nicht lange dauern, bis die dadurch verursachten Schmerzen zum Himmel schreien; dann wird man für sie nach ebensolchen Pflästerchen suchen, wird anderswoher zwar keine 2 Milliarden, aber vielleicht eine halbe Milliarde nehmen, auf diese Weise wiederum neue Wunden aufreißen, ohne jedoch die alten völlig zu heilen, und so weiter. Mit einem Wort: man wird ständig an einer Stelle einreißen, um an anderer doch nur teilweise und unvollkommen zu flicken. So wird man Schritt vor Schritt die Krankheit über den ganzen Wirtschaftskörper tragen, bis man am totalen Zusammenbruch anlangt — und dann wird man eben doch den organischen, d. h. kommunistischen Neubau beginnen müssen.

Das ist der Weg, auf dem wir uns gegenwärtig befinden. Er ist besät mit Elend, Trümmern, [26] Tränen, zahllosen Schmerzen. Er ist schuld am Bürgerkrieg! Denn die Massen empfinden ganz gut, dass auf diesem Wege des plan- und ziellosen Fortwurstelns, das nicht weiter sehen will, als bis zur Deckung des unmittelbarsten Augenblicksbedürfnisses, keine Rettung möglich ist. Daher ihre Verzweiflung, daher ihre Trost- und Hoffnungslosigkeit, daher die unaufhörlichen Streiks, denen eine hochwohlweise Regierung mit blauen Bohnen abzuhelfen trachtet.

Wollen wir diesen Weg vermeiden, so steht uns nur jener andere offen, der da lautet: bewusste und planmäßige Herbeiführung des Kommunismus. Einen dritten gibt es nicht. Aber es macht natürlich einen gewaltigen Unterschied, ob man den Kommunismus sich "von selbst" durchsetzen lässt, gewissermaßen mit der Naturgewalt einer Lawine, die alles niederstampft, was ihr in den Weg tritt, und das Wirtschaftsleben Zug um Zug in Stücke bricht, ob man also ahnungslos in den Kommunismus hineintaumelt, oder ob man ihn mit Absichtlichkeit und in vollem Bewusstsein seiner Bedeutung herbeiführt. Im letzteren Falle kann man vorsorgen und dadurch Schmerzen und Opfer vermeiden.

Man denke sich z. B. die Verwirklichung der Maßnahmen, von denen oben im vierten Kapitel die Rede war. Sie würden selbstverständlich begleitet sein von der Gewährung der Existenzmittel an jedermann, gleichgültig, ob er arbeitet oder nicht. Denn wenn eine Regierung nicht nur einen Betrieb, sondern einen ganzen Erwerbszweig stilllegt, weil er Dinge produziert, die gegenwärtig unnütz sind — sagen wir Spielzeug oder Musikinstrumente, an sich höchst nützliche und notwendige Dinge, die aber eine Weile entbehrt werden müssen, wo es sich um die nackte Existenz handelt — dann muss sie natürlich den Personen, die dadurch erwerbslos werden, den nötigen Unterhalt zuweisen, wie das ja auch jetzt schon teilweise geschieht (man denke an die Spandauer Heereswerkstätten). Auch sonst ist das gleiche die Voraussetzung aller ordnenden Eingriffe der Wirtschaftsbehörden. Glaubt aber jemand, dass die Regierung das nicht kann, oder dass dabei zuviel verschwendet würde? Nun, gegenwärtig kommen ganz andere und viel schlimmere Dinge vor! Am [27] 15. Februar 1919 erzählte der Finanzminister *Schiffer* in der Nationalversammlung zu Weimar:

"Wir haben nicht mehr Waffen und Munition hergestellt, es war Halbzeug, das sofort zerschlagen wurde. Die unproduktive Arbeit war aber notwendig, weil wir nicht die Arbeiter ohne weiteres auf die Straße setzen konnten. Wir mussten dafür sogar mehr zahlen, weil Feierschichten eingelegt wurden, die auch bezahlt werden mussten."

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Zitiert nach dem Bericht des "Berl. Tageblatt" vom 16.2.1919.

Jetzt mache man sich klar, was das bedeutet! Da wurde Material verbraucht, denn ganz ohne Verlust wird es bei der Produktion mit nachfolgender Zertrümmerung nicht abgegangen sein. Da wurden Hilfsstoffe verbraucht, die unwiederbringlich verloren sind. Da wurden Maschinen und Apparate abgenutzt, für die kein Ersatz geleistet wurde. Da wurden Kohlen in großen Mengen verbrannt, dieselben Kohlen, an denen wir so schmerzlich Mangel leiden! Und zu alledem kamen dann noch die Löhne der Arbeiter hinzu, sogar, laut Schiffers Aussage, besonders hohe Löhne. Würde da nicht die Gesamtwirtschaft weit vorteilhafter fahren, wenn sie den Arbeitern die Löhne zahlte, ohne sie überdies noch alle jene Materialien verschwenden und verderben zu lassen? Tut sie das aber, dann hat sie auch Anspruch darauf, dass alle Arbeitskräfte sich gerade dort ihr zur Verfügung stellen, wo sie sie braucht. Dann fiele z. B. die Sorge um jene 7½ Milliarden im Staatsbudget fort. Man würde dann sinnfällig sehen, dass das Geld - und zumal unsere jetzigen schmutzigen Papierzettel - nur ein Mittel zur Bewerkstelligung des Verkehrs ist und dass es nur darauf ankommt, für alle wirklich notwendigen Bedürfnisse – nach Ausscheidung der überflüssigen – die erforderlichen Materialien und Arbeitskräfte aufzubieten. Dass die Leute, welche unter den Schwierigkeiten des kapitalistischen Konkurrenzkampfes riesige Privatunternehmungen geleitet haben, auch fähig sind, die hierzu nötigen Dispositionen zu treffen, daran kann kein Zweifel sein.

Damit kommen wir zu einem letzten, aber noch sehr wichtigen Punkt.

Planmäßigkeit, weitschauende Voraussicht, richtige und rechtzeitige Anordnungen, mit einem Worte, gute Disposition ist es, was der Kommunismus vor allen Dingen braucht, wenn er zustande kommen soll. Wer soll sie leisten?

Wenn heutzutage in den Kreisen der mittleren und höheren Beamten, der Kaufleute, der Techniker und Ingenieure, kurz des ganzen gebildeten Mittelstandes das Wort "Kommunismus" fällt, so erregt es Grausen. Verführt durch eine alberne, im Dienste des Kapitals stehende Propaganda, stellen sich diese Kreise unter Kommunismus ganz etwas Entsetzliches vor. Wenn sie schon nicht so weit gehen, im Kommunismus einfach Mord und Totschlag zu sehen, abwechselnd mit der "Vergemeinschaftlichung der Weiber", dann glauben sie doch mindestens steif und fest, die erste Tat des siegreichen Kommunismus werde sein, sie, die leitenden Beamten, die Techniker, Ingenieure usw., also alle sogenannten geistigen Arbeiter zum Teufel zu jagen und sie um ihre Existenz zu bringen. Deshalb bringen sie ihm eine instinktive, erbitterte Feindschaft entgegen.

Eine ganz besondere Freude sollte es uns sein, wenn es uns gelungen wäre, durch unsere Darstellung zu zeigen, dass der Kommunismus vielleicht niemanden so nötig braucht, wie gerade die mittleren und leitenden Beamten, also den gebildeten Mittelstand aller Art. Sie sind es ja, die jene Arbeit der Disposition leisten müssen, ohne die kein Kommunismus existieren kann. Und zwar müssen sie sie leisten an ihren Arbeitsplätzen. Es wäre der tollste Schildbürgerstreich, den man sich vorstellen kann, wenn eine zur Macht gelangte kommunistische Regierung die mittleren und leitenden Beamten davonjagen oder zu anderen Arbeiten zwingen wollte, die auch jeder andere verrichten kann. Tatsächlich ist das auch nirgends geschehen, nicht in Russland, nicht in Ungarn, und auch nicht in Bayern, worüber jetzt so viele Märchen in der Luft umherschwirren. Im Gegenteil, überall hat man sich bemüht, den gebildeten Mittelstand an seinen Posten festzuhalten, wenn es sein musste, mit Gewalt, d. h. unter Androhung schwerer Strafe für diejenigen, die ihre Posten verließen. Zudem sind ja seine An- [29] gehörigen Proletarier: sie leben nicht vom Kapitalprofit, sondern ihre Arbeit bildet ein unentbehrliches Glied der Produktion, der wertschaffenden und ausgebeuteten Arbeit.

Uns will nun der Zwang an dieser Stelle nicht recht behagen. Es kommt ja nicht nur darauf an, dass die Leute mechanisch auf ihren Posten bleiben, sondern sie müssen *mit Lust und Liebe am Aufbau der Gemeinwirtschaft mithelfen*. Dazu ist freier Wille und klares Verständnis notwendig. Dies gilt überhaupt als Grundlage alles Kommunismus. Was soll es nützen, die Menschen etwa mit vorgehaltenem Revolver an bestimmte Arbeitsstellen zu nötigen? Höhe und Güte ihrer Leistung hängt doch von ihrem Eifer ab.

Deshalb ist hier vor allen Dingen *Verständigung* vonnöten. Der letzte Arbeiter so gut wie der oberste Betriebsbeamte, sie alle müssen einsehen, dass der Kommunismus keinem von ihnen Schaden bringt, sondern allen den größtmöglichen Nutzen. Dann werden sie sich in freiwilliger Einordnung zur harmonischen Gemeinschaftsarbeit zusammenschließen, jeder wird freudig seine Kräfte dem Dienste des Ganzen weihen, und der Weg des Kommunismus wird beschritten sein, der Weg *heraus aus Not und Tod.* [30]